

Gemeinde Martfeld

Protokoll

Sitzungsnummer: Ma/Rat/010/12

über die Sitzung des Rates am 31.10.2012

Beginn: 19:00 Uhr
Ende 22:10 Uhr
Ort: Mehrzweckraum der Grundschule Martfeld

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau Marlies Plate

stimmberechtigte Mitglieder

Herr Michael Albers
Herr Dr. Dirk Aue
Herr Christoph Ferentschak
Frau Kerstin Hansen
Herr Marco Harries
Herr Klaus-Dieter Kasper
Herr Heinrich Lackmann
Herr Jürgen Lemke
Herr Burckhard Radtke
Herr Torsten Tobeck
Frau Frauke Toppe
Frau Krimhild Wulf

Verwaltung

Frau Christa Gluschak
Frau Uta Seim-Schwartz zu TOP 7
Frau Cattrin Siemers zu TOP 3
Herr Horst Wiesch

Gäste

Frau Helga Blume, G.d.S. zu TOP 7
Herr Uwe Hartmann, G.d.S. zu TOP 7
Herr Friedrich Holtorf, G.d.S. zu TOP 7
Herr Karl-Heinz Mählmann, G.d.S. zu TOP 7
Herr Jürgen Rosenhagen, G.d.S. zu TOP 7

Abwesend:

Öffentlicher Teil

Punkt 1:

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Bürgermeisterin Plate eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Sie stellt fest, dass der Rat ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Punkt 2:

Genehmigung des Protokolls über die 9. Sitzung vom 20. September 2012.

Gegen Form und Inhalt der Niederschrift werden keine Einwände erhoben. Die Niederschrift wird genehmigt.

Ja: 13 Nein: 0 Enthaltungen: 0

Punkt 3:

Künftige Wahrnehmung der Aufgaben der Kinderbetreuung

Vorlage: Ma-0028/12

Herr Wiesch führt einleitend aus, dass das Thema Kinderbetreuung schon seit einigen Jahren diskutiert wird. Zunächst wurde überlegt, ob lediglich das Personal auf die Samtgemeinde übertragen werden soll. Dieses ist jedoch nicht möglich.

Aufgrund der mit dem Landkreis geschlossenen Vereinbarungen ist festzustellen, dass die Aufgaben nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz der Samtgemeinde obliegen.

Daraufhin hat die Samtgemeinde die zwischen der Samtgemeinde und den Gemeinden geschlossenen Betreiberverträge gekündigt, so dass nun eine neue Regelung erforderlich ist.

Der Landkreis sieht die Zuständigkeit bei der Samtgemeinde. Dieses resultiert unter anderem daher, dass ab Sommer 2013 ein Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz besteht.

In den Räten sollte die Bereitschaft bestehen, über das Thema zu diskutieren und dabei alle Belange zu berücksichtigen.

Herr Wiesch verdeutlicht abschließend, dass, sollte eine Übertragung auf die Samtgemeinde erfolgen, die Einrichtungen vor Ort nicht in Frage gestellt werden.

Frau Siemers geht im Anschluss darauf ein, welche Aufgaben bereits jetzt von der Samtgemeindeverwaltung wahrgenommen werden. Der Rat wird derzeit lediglich bei Baumaßnahmen und bedeutenden Personalentscheidungen beteiligt.

Der Landkreis hat in Gesprächen deutlich gemacht, dass auch zukünftig die Kindergartenbedarfsplanung Aufgabe der Samtgemeinde ist.

Herr Tobeck ist es bewusst, wie viel Arbeit von der Verwaltung erledigt wird und diese sehr gute Arbeit leistet. Für ihn stellt sich jedoch die Frage, warum, da mit der jetzigen Lösung alle Beteiligten zufrieden sind, etwas geändert werden soll. Das Modell hat sich in den letzten 16 Jahren bewährt. Auch in der zurückliegenden Zeit gab es viele Änderungen im Bereich der Kinderbetreuung und trotzdem konnten die Gemeinden die Aufgabe zuverlässig wahrnehmen. Aus seiner Sicht wird dieses auch der Fall sein bei dem ab Sommer 2013 geltenden Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz.

Aus Sicht der ULM-Fraktion besteht für eine Änderung keine Notwendigkeit, da dieses ein erster Schritt zur Einheitsgemeinde bedeuten würde.

In diesem Zusammenhang spricht Herr Tobeck auch das für das Gebäude Schulstraße anstehende Gesamtkonzept an. Aus seiner Sicht hätte dieses Konzept bereits zur jetzigen Diskussion vorliegen müssen.

Herr Wiesch erläutert hierzu, dass der Landkreis klargestellt hat, dass eine Übertragung der Zuständigkeit auf die Mitgliedsgemeinden nicht zulässig ist. Bei einer Zuständigkeit der Samtgemeinde können allein durch die dann entstehenden administrativen Veränderungen erhebliche Einsparungen erzielt werden. Für ihn stellt sich die Frage, warum die Gemeinden solchen Einsparungspotentialen nicht positiv gegenüberstehen.

Zum Gesamtkonzept erläutert Herr Wiesch, dass derzeit kein akuter Handlungsbedarf besteht. Erst ab dem Jahr 2015 ist dieses der Fall. Aus diesem Grund ist es ausreichend, wenn im nächsten Jahr das angesprochene Konzept vorgelegt wird.

Frau Siemers verdeutlicht nochmals, dass der Landkreis die Aufgabe an die Samtgemeinde übertragen hat.

Für Herrn Tobeck stellt sich die Frage, warum der Landkreis nicht schon früher bemängelt hat, dass die Gemeinden die Kindertagesstätten betreiben.

Herr Wiesch führt aus, dass bei Abschluss der neuen Verträge mit den Kommunen, bereits erwähnt wurde, dass Einzelheiten noch zu regeln sind.

Frau Plate erläutert, dass es Ziel des Gemeinderates sein sollte, für eine optimale Kinderbetreuung zu sorgen. Dabei darf nicht nur der finanzielle Aspekt eine Rolle spielen.

Herr Albers vertritt die Auffassung, dass, da die Zuständigkeit bereits jetzt bei der Samtgemeinde liegt, den Gemeinden kein Entscheidungsspielraum bleibt. Bisher hat der Landkreis die jetzige Regelung akzeptiert. Dieses wird zukünftig jedoch nicht der Fall sein. Aus diesem Grund sollte versucht werden die bestmögliche Lösung zu finden.

Aus Sicht von Herrn Albers kann die Kinderbetreuung mit den Schulen verglichen werden. Auch bei den Schulen liegt die Trägerschaft bei der Samtgemeinde. Trotzdem sollte die Gemeinde auch weiterhin ein Mitspracherecht haben, in dem der Rat im Kindergartenbeirat vertreten ist. Gegebenenfalls sollte eine gemeinsame Lösung mit Schwarme angestrebt werden.

Herr Albers weist des Weiteren darauf hin, dass eine Übertragung auf die Samtgemeinde Vorteile für das Kindergartenpersonal hat. Sollte es keine Änderung geben, befürchtet Herr Albers, dass mittelfristig kein qualifiziertes Personal mehr zu bekommen ist.

Zum Thema Einheitsgemeinde führt Herr Albers aus, dass diese nicht von den Kindergärten abhängig gemacht werden kann.

Herr Radtke zeigt sich enttäuscht über die Vorgehensweise. Aus seiner Sicht kann es der Bevölkerung nicht klar gemacht werden, dass eine Änderung erforderlich ist. Vor einer endgültigen Entscheidung müssen aus Sicht von Herrn Radtke verschiedene Punkte wie Verbleib und Qualität des Kindergarten geklärt werden.

Frau Wulf spricht die im Juni durchgeführte Informationsveranstaltung an. Im Rahmen dieser Veranstaltung hatte der Landrat mitgeteilt, dass der Landkreis die Aufgaben nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz auf die Samtgemeinde übertragen hat. Wie die Samtgemeinde die Aufgabe mit ihren Mitgliedsgemeinden regelt, ist dem Landkreis egal.

Bezüglich der vorliegenden Beschlussvorlage vermisst Frau Wulf Aussagen, wie es inhaltlich weitergeht.

Herr Wiesch erklärt hierzu, dass sich die Verwaltung bewusst zu diesem Thema noch nicht geäußert hat. Die Vorlage soll zunächst als Information und Diskussionsgrundlage dienen.

Wünschenswert wäre es, wenn, nachdem alle Gemeinderäte grundlegend über das Thema beraten haben, sich eine Arbeitsgruppe mit Vertretern aus den jeweiligen Räten bildet und weitergehende Verhandlungspunkte ausarbeitet.

Herr Kasper verdeutlicht, dass die Diskussionen über die Aufgabenwahrnehmung viele Emotionen vor Ort freisetzt. Wichtig sollte es sein, dass bestimmte Kriterien auch weiterhin beim Kindergarten in Martfeld erfüllt werden. Dabei spielen der Erhalt und die Qualität eine erhebliche Rolle. Auch das Mitspracherecht der Gemeinde Martfeld sollte festgeschrieben werden.

Herr Dr. Aue spricht seine lange Mitarbeit im Kindergartenbeirat an. Aus seiner Sicht besteht bei der Aufgabenübertragung wenig Handlungsspielraum. Für ihn ist klar, dass die Diskussionen sowohl auf sachlicher als auch auf emotionaler Ebene geführt werden. Trotzdem sollte man bei der Entscheidung nicht außer Acht lassen, dass eine Übertragung, gerade was das Personal betrifft, auch positiv zu sehen ist.

Auf Anfrage von Herrn Lemke teilt Herr Wiesch mit, dass die Samtgemeinde die bestehenden Verträge mit den Gemeinden fristgerecht gekündigt hat. Hätte die Samtgemeinde dieses nicht getan, hätte der Landkreis die Verträge irgendwann hinterfragt und geprüft.

Da keine weiteren Diskussionsbeiträge gewünscht werden, bedankt sich Frau Plate für die umfangreichen Ausführungen.

Punkt 4: **Mitteilungen der Verwaltung**

Punkt 4.1: **Infoveranstaltung**

Herr Wiesch teilt mit, dass es aufgrund der Beratungen im letzten Verwaltungsausschuss eine Informationsveranstaltung zum Thema Motorradlärm geben wird. Diese Veranstaltung wird am 19.11.12 im Gasthaus Dunekack in Kleinenborstel stattfinden.

Anmerkung :

Die Infoveranstaltung wurde auf Wunsch der Bürgerinitiative auf Anfang 2013 verschoben.

Punkt 4.2:
Event Center

Herr Wiesch gibt bekannt, dass zwischenzeitlich vom Eigentümer des Event Centers ein Antrag für die Änderung des Bebauungsplanes gestellt und zwischenzeitlich allen Ratsmitgliedern übersandt wurde. In der Ratssitzung im Dezember soll über den Antrag entschieden werden.

Punkt 4.3:
Bushaltestellen

Frau Plate teilt mit, dass sich der Verwaltungsausschuss dafür ausgesprochen hat, die Graffitis an den Bushaltestellen zeitnah zu entfernen.

Punkt 4.4:
Kommunaltrecker

Frau Plate gibt bekannt, dass der Verwaltungsausschuss beschlossen hat, für Herrn Engelmann einen neuen Trecker zu erwerben.

Punkt 4.5:
Geschwisterermäßigung

Frau Plate erläutert, dass der Verwaltungsausschuss beschlossen hat, für das dritte Kind, das eine Kinderbetreuungsstätte in der Gemeinde Martfeld besucht, eine Geschwisterermäßigung von 100 % zu gewähren.

Punkt 5:
Anfragen und Anregungen

Punkt 5.1:
Ökostrom

Herr Kasper teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90 / die Grünen einen Antrag auf Umstellung auf Ökostrom für Straßenbeleuchtung und kommunale Einrichtungen stellen wird.

Anmerkung:

Der Antrag wurde zwischenzeitlich allen Ratsmitgliedern zur Verfügung gestellt.

Punkt 5.2: **Event Center**

Frau Hansen spricht nochmals das Event Center an. Für sie stellt sich die Frage, ob es bei einer B-Plan-Änderung gegebenenfalls Entschädigungsansprüche gibt.

Herr Wiesch erläutert hierzu, dass dieses der Fall sein kann, wenn Planungsschäden entstehen. Ob dieses hier zutrifft, ist derzeit abschließend nicht zu beurteilen.

Herr Tobeck spricht den im Syker Kurier veröffentlichten Artikel zum Event Center an. Er bemängelt, dass die Presse über den Antrag von Herrn Kurt so früh unterrichtet wurde. Aus seiner Sicht kann es nicht sein, dass der Gemeinderat von Anträgen aus der Zeitung erfährt. Auch ist es unglücklich, dass die Bürgermeisterin hierzu bereits ein Statement abgegeben hat.

Aus Sicht von Herrn Tobeck ist die dazu verfasste Kolumne sehr negativ. Daraus könnte man schließen, dass die Gemeinde fremdenfeindlich ist.

Herr Wiesch erklärt hierzu, dass die Öffentlichkeit ein sehr großes Informationsinteresse hat. Aus diesem Grund ist es normal, dass der Antragsteller den Antrag auch der Presse zur Verfügung gestellt hat.

Frau Plate nimmt Bezug auf ihr Statement. Sie vertritt die Auffassung, dass man alle Seiten ausreichend betrachten muss und Herrn Kurt verstehen kann, dass er einen Antrag auf Änderung des B-Planes gestellt hat.

Herr Albers regt an, vor dem nächsten Gemeinderat eine Bürgerinformation zum Thema Event Center durchzuführen. Im Rahmen dieser Veranstaltung könnte den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit gegeben werden, Fragen zu stellen.

Frau Plate stimmt einer solchen Vorgehensweise zu. An der Veranstaltung sollten auch der Landkreis und Herr Kurt teilnehmen.

Herr Lackmann erläutert, dass ihm zwischenzeitlich die Begründung zum Bebauungsplan Bremer Straße vorliegt. Bereits in der Begründung ist aufgeführt, dass Vergnügungsstätten ausgeschlossen sind. Dadurch wird deutlich, dass die Gemeinde bereits damals keine Vergnügungsstätte in diesem Bereich haben wollte. Dieses hätte auch der Landkreis erkennen müssen. Aus diesem Grund vertritt Herr Lackmann die Auffassung, dass die Gemeinde nicht für die vom Landkreises gemachten Fehler herangezogen werden kann.

Anmerkung:

Der von Herrn Tobeck angesprochene Zeitungsartikel sowie die Kolumne ist Anlage zum Protokoll.

Punkt 5.3: **Bauplätze**

Herr Kasper fragt an, ob ein Anlieger sich gegen eine Bebauungsplanänderung wie z.B. die Änderung einer öffentlichen Ausgleichsfläche in einen Bauplatz wehren kann.

Herr Wiesch erläutert hierzu, dass es sich bei einer B-Planänderung um ein öffentliches Verfahren handelt und der Anlieger im Rahmen des Verfahrens Bedenken vortragen kann.

Punkt 5.4: **Martfelder Homepage**

Herr Dr. Aue erläutert, dass die Martfelder Homepage derzeit zwischen 30 bis 40 Besucher pro Tag verzeichnen kann.

Er führt des Weiteren aus, dass der Besucher unter der Rubrik Gemeinderat/Ratssitzungen zum Ratsinformationssystem der Samtgemeinde weitergeleitet wird. Dort sind die Einladungen zu den öffentlichen Sitzungen sowie die Protokolle hinterlegt.

Herr Dr. Aue teilt mit, dass auf der Internetseite auch umfassende Informationen zum Thema ÖPNV vorhanden sind.

Punkt 5.5: **Sophienpark**

Herr Tobeck fragt nach der Fertigstellung des Fußweges im Sophienpark.

Anmerkung:
Die Arbeiten sind zwischenzeitlich abgeschlossen.

Punkt 5.6: **Flyer**

Frau Plate erläutert, dass bereits in der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Marketing über einen Gemeindeflyer gesprochen wurde. Ihre Fraktion hat sich zwischenzeitlich mit dem Thema beschäftigt und einen Flyer entworfen. Dieser sollte in der Arbeitsgruppe besprochen werden. Es ist davon auszugehen, dass der Druck des Flyers Kosten in Höhe von rund 300,00 € verursachen wird.

Sinnvoll wäre es, diesen Flyer den Marktbesckern aus Martfeld mitzugeben.

Seitens des Gemeinderates bestehen keine Bedenken.

Punkt 6: **Einwohnerfragestunde**

Herr Holtorf spricht den Wegebau in der Gemeinde an. Er hat gehört, dass die Betreiber der Windkraftanlagen Zahlungen getätigt haben, die eventuell für den Wegebau verwendet werden könnten.

Herr Wiesch erläutert hierzu, dass lediglich Gelder für Ausgleichsmaßnahmen gezahlt wurden. Diese Gelder werden für die entsprechenden Maßnahmen ausgegeben.

In diesem Zusammenhang weist Frau Plate darauf hin, dass sich die Arbeitsgruppe Dorferneuerung getroffen und über einzelne Maßnahmen diskutiert hat.

Herr Rosenhagen spricht die vom Ausschuss „Bunte Wege“ geplante Bepflanzung des Mühlenweges an.

Frau Gluschak erklärt hierzu, dass die Straße mittig in der Grundstücksparzelle liegt. Die Anlieger wurden zwischenzeitlich von der Verwaltung angeschrieben und über die geplanten Bepflanzungsmaßnahmen informiert.

Frau Fahrenholz spricht nochmals das Event Center an. Sie gibt bekannt, dass weitere Unterschriften gegen das Event Center gesammelt werden.

Frau Blume fragt nach der Rechtssicherheit eines Bebauungsplanes.

Herr Wiesch weist darauf hin, dass B-Plan-Änderungen möglich sind; diese jedoch schlimmstenfalls zu Entschädigungszahlungen führen können.

Im Anschluss daran erfolgt eine kurze Aussprache über das Event Center.

Da keine weiteren Fragen gestellt werden, bedankt sich Frau Plate bei den Zuhörern und beendet um 20.45 Uhr den öffentlichen Teil.

Da keine weiteren Anfragen und Anregungen gestellt werden, bedankt sich Frau Plate bei den Anwesenden für die Mitarbeit und beendet die Sitzung.

Die Bürgermeisterin

Der Gemeindedirektor

Die Protokollführerin